

Der Minister des Äußern seinerseits ist sowohl mit dem Vorschlage Br. Appels, als auch mit den Anträgen der beiden Herrn Minister einverstanden. Hiemit wurde die Sitzung geschlossen.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 11. Oktober 1885. Franz Joseph.

Nr. 12 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 28. Oktober 1885

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. u. k. gemeinsame Minister des Äußern Graf Kálnoky (o. D.), der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (1. 11.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Graf Bylandt-Rheidt (2. 11.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (2. 11.), der kgl. ung. Finanzminister Graf Szapáry (5. 11.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Freiherr v. Orczy (3. 11.), der k. k. Finanzminister Ritter v. Dunajewski (3. 11.).

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Freiherr v. Konradshaim.

Gegenstand: Subsistenzbeitrag für die Subalternoffiziere und Kadetten.

KZ. 78. – RMRZ. 328

Protokoll des zu Wien am 28. Oktober 1885 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

Se. Majestät der Kaiser geruhte die Sitzung mit der Mitteilung zu eröffnen, der ungarische Finanzminister habe mit Rücksicht auf die Konsequenzen für das ungarische Budget und auf die in der ungarischen Delegation herrschende Stimmung den Wunsch ausgesprochen, es möge das gemeinsame Budget pro 1886 noch um etwas dadurch herabgemindert werden, daß die Subsistenzzulage für die Subalternoffiziere und Kadetten erst vom 1. Juli angefangen in Anspruch genommen werde, da die Budgetvorlage im gemeinsamen Ministerrate, wie in früheren Jahren so auch heuer, unter Voraussetzung des solidarischen Eintretens der Minister für die Vorlage festgestellt worden sei, so handle es sich jetzt um eine Verständigung darüber, ob der Antrag des Grafen Szapáry annehmbar, und bejahenden Falles, wie der Abstrich in Szene zu setzen sei. Se. Majestät hätte nichts einzuwenden, wenn dem Wunsche des ungarischen Finanzministers entsprochen würde, allein der Reichskriegsminister habe sich dagegen ausgesprochen, weil nach seinen Informationen die ungarische Delegation auch noch anderweitige Abstriche beabsichtige. Jedenfalls aber halte Se. Majestät es nicht [für] unbedenklich, von der Vorlage abzugehen und dadurch ein Präzedens für die Folge zu schaffen.

Reichskriegsminister FZM. Graf Bylandt faßte zunächst die meritorische Seite der Frage ins Auge und sprach sich gegen den Abstrich aus, indem er die schon in den früheren Verhandlungen hervorgehobene Dringlichkeit der Abhilfe und den üblen Eindruck betonte, den der Abstrich in der Armee

machen werde. Wenn aber schon die ungarische Regierung auf ihrem Antrage bestehe, so könne man doch unmöglich ihm die Initiative dazu zumuten, daß eine von Sr. Majestät sanktionierte Vorlage in einer für die Armee abträglichen Weise alteriert werde. Er könne dieses um so weniger tun, als die österreichische Delegation, wie er unterrichtet sei, der Subsistenzzulage günstig gestimmt sei und er bei einem solchen Schritte Gefahr laufe, nicht nur gegenüber der Armee in eine solche Stellung zu geraten, sondern auch in der Presse, die sich der Sache ohne Zweifel bemächtigen werde, eine gewiß nicht wünschenswerte Agitation zu entfesseln.

Der kgl. ung. Finanzminister Graf Szapáry erörterte vor allem die Schwierigkeiten des ungarischen Budgets, welches durch die Subsistenzaufbesserung nicht nur eine Erhöhung der Quote, sondern auch eine Erhöhung der Kosten für die ungarische Landwehr erleide, und bemerkte gegen den Reichskriegsminister, daß derselbe seinen Zweck in der Hauptsache schon durch die prinzipielle Votierung der Subsistenzaufbesserung erreiche, während sich die Verschiebung der Wirksamkeit ganz gut durch die in anderen Rubriken sich ergebenden Mehrauslagen rechtfertigen lasse. Was die von der ungarischen Delegation sonst noch beabsichtigten Abstriche, von welchen der Reichskriegsminister gehört, betreffe, so mache sich die ungarische Regierung anheischig, um den Preis der Nachgiebigkeit im Punkte der Subsistenzaufbesserung, die übrigen Positionen ungeschmälert durchzubringen.

Der Minister des Äußern Graf Kálnoky und der gemeinsame Finanzminister v. Kállay stimmten dem ungarischen Finanzminister in dem Punkte bei, daß die prinzipielle Votierung der Subsistenzzulage die Hauptsache sei und daß man sich, wenn es anders nicht geht, auch mit der Verschiebung dieser Maßregel bis zum Monate Juli befreunden müsse; in ähnlicher Weise, wie es im vorigen Jahre mit der Bezugsaufbesserung für die Konsulatsbeamten der Fall war.

Nach einer nochmaligen, vom ung. Finanzminister bejahten Frage, ob ungarischerseits auf die Nachgiebigkeit in diesem Punkte großer Wert gelegt werde, geruhte auch Se. Majestät der Kaiser den Ah. Beschluß in diesem Sinne zu fassen, jedoch mit dem vom Reichskriegsminister erbetenen Vorbehalte, daß er seine Vorlage nach Kräften vertrete, und daß nicht etwa auch im nächsten Budget nur auf die halbe Gebühr herabgegangen werde.

Was nun den Modus procedendi zur Betätigung dieser Nachgiebigkeit betrifft, so wurde von seiten des k. k. Ministerpräsidenten Grafen Taaffe, welchem auch der k. k. Finanzminister Ritter Dunajewski beistimmte, dargetan, daß der bezügliche Abstrich, schon zur Vermeidung eines Präzedens, keinesfalls von der Regierung beantragt werden könne. Die einzig mögliche Form sei die, daß der Reichskriegsminister den diesfälligen Abstrich der Delegationen abwarte und dann, nach vergeblichem Sträuben, unter der Bedingung nachgebe, daß weitere Abstriche am Budget nicht gemacht werden. Da nun eine Initiative in diesem Punkte von der günstig gestimmten österreichischen Delegation nicht zu erwarten sei, so könne die

Initiative nur der ungarischen Delegation zufallen, was auch der kgl. ung. Finanzminister Graf Szapáry anerkannte.

Se. Majestät der Kaiser hatte die Gnade, diesen Ausführungen zuzustimmen, mit dem Beifügen, daß man bei Inszenierung des Antrages darauf bedacht sein müsse, die Sache nicht zu komplizieren, denn wenn die österreichische Delegation etwa auf den Gedanken verfallen sollte, Kompensationsobjekte zu suchen und statt des ungarischerseits proponierten Abstriches andere Abstriche vorzuschlagen oder es gar auf eine gemeinsame Abstimmung ankommen zu lassen, würde die Sache in einer sehr unwillkommenen Weise verfahren werden.

Der Minister des Äußern Graf Kálnoky machte namens der gemeinsamen Regierung die Reserve, daß der ungarische Antrag fallengelassen werde, wenn er zu Komplikationen führen sollte.

Der ung. Finanzminister Graf Szapáry erklärte sich hiemit für den Fall, als der Antrag der ungarischen Delegation zu anderen Folgen führen sollte, einverstanden und gab mit Rücksicht auf das heutige Diskussionsergebnis die Erklärung ab, daß er der ungarischen Delegation den Impuls zu einem Abstrich an der Subsistenzaufbesserung selbst zwar nicht geben werde, sich aber für ermächtigt halte, entweder einem solchen Antrage, wenn er von seiten der Delegation gestellt werden sollte, zuzustimmen, oder wenn andere, noch unerwünschte Abstriche versucht werden sollten, die Abstriche auf die Verschiebung der Subsistenzaufbesserung bis 1. Juli zu lenken.

Se. Majestät der Kaiser geruhte ihm diese Genehmigung zu erteilen; in der Voraussetzung, daß die ungarische Delegation neben der Subsistenzaufbesserung keine anderen Abstriche vornehme und daß nicht etwa die österreichische Delegation Abstriche mache, woraus sich Komplikationen zwischen beiden Delegationen ergeben, in welchem Falle der Antrag im Wege des Nuntienwechsels fallengelassen werden müßte.

Hiemit wurde die Sitzung geschlossen.

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Wien, 9. November 1885. Franz Joseph.

Nr. 13 *Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 7. Januar 1886*

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident v. Tisza (18. 1.), der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (25. 1.), der kgl. ung. Finanzminister Graf Szapáry (20. 1.), der k. k. Finanzminister Ritter v. Dunajewski (25. 1.), der kgl. ung. Handelsminister Graf Széchenyi (21. 1.), der k. k. Handelsminister Freiherr v. Pino (25. 1.), Staatssekretär im kgl. ung. Handelsministerium v. Matlekovits, Sektionsrat im k. k. Handelsministerium Freiherr v. Kalchberg.

Protokollführer: Sektionsrat Freiherr v. Glanz.

Gegenstand: Die Verhandlungen über die Revision des österreichisch-ungarischen allgemeinen Zolltarifes, die Erneuerung des Handelsvertrages mit Rumänien und des Lloydvertrages.